Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 2 (1922-1923)

Heft: 9

Artikel: Zwei Volksentscheide und ihre Lehren

Autor: Heeb, Friedrich

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328438

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rote Revue

Sozialistische Monatsschrift

9. HEFT

MAI 1923

II. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Zwei Volksentscheide und ihre Lehren.

Von Friedrich Seeb.

In seiner 1911 erschienenen Broschüre: "Demokratie und Sozialismus" sagt der Genosse Robert Grimm unter anderem von der schweizerischen Demokratie: "Das Bild, das uns die schwei= zerische Demokratie und die sozialistische Bewegung der Schweiz dar= bieten, ist kein erfreuliches. Es entspricht jedenfalls nicht den Er= wartungen, die viele der ausländischen Genoffen hegten, als sie zum erstenmal unser Land betraten. Statt einer freiheitlichen Demokratie finden sie eine reaktionäre Vourgeoisrepublik, statt des Fortschrittes Stillstand und Rückschritt in der sozialen Gesetzebung, statt einer hochentwickelten, vom fozialistischen Bewußtsein durchdrungenen proletarischen Bewegung eine Arbeiterbewegung, die erst in ihren Anfängen steckt, einen starken kleinbürgerlichen Einschlag, verschwommene Ziele und falsche Vorstellungen über ihre Betätigungsmöglichkeiten aufweist und eben darum seit Jahren in einem scheinbar endlosen krisenhaften Zustande sich befindet." Dieses Urteil stammt aus einer Zeit, da der Grütliverein noch in unserer Partei dominierte, die von ihm gepriesene "praktische Erfolgspolitik" der ganzen Partei ihren Stempel aufdrückte. Inzwischen ist ja manches anders geworden, wenn auch noch immer starke Eleberbleibsel kleinbürgerlich-demokratischer Anschauungen in unserer Bewegung vorhanden sind. Die im ersten Teil dieses Zitats enthaltene Rennzeichnung der schweizerischen Demokratie trifft aber jedenfalls für die Gegenwart genau so gut zu, wie vor zwölf Jahren, wofür neben vielem anderen die Erfahrungen als Beleg dienen können, die wir in der letzten Zeit mit den von uns lancierten eidgenössischen Initiativen machen durften. In der erwähnten Broschüre führt Genosse Grimm über die Rückschrittlichkeit der schweizerischen Sozial= gesetzgebung im Vergleich mit der deutschen unter anderem aus: "Auch das Verhalten des Staates zur Arbeiterbewegung ist hier reaktionärer als dort. Militäraufgebote anläßlich von Streiks bilden hier die Regel, Streik- und Alusnahmegesetze gegen die Arbeiter bestehen nicht bloß in der Demokratie, sondern sie wurden gerade vermittelst der demokratischen Einrichtungen — Initiative und Referendum —

geschaffen. ... Die langsame Entwicklung des Rlassenbewußtseins ist wesentlich die Folge der demokratischen Einrichtungen ... Die so= genannte "praktische Alrbeit" — die fortwährende Inauspruchnahme der politischen Organisationen bei Wahlen und Abstimmungen, die Mitarbeit der Parteigenossen in allen möglichen kommunalen und tantonalen Behörden — dies alles drängt die theoretischen Lleberlegungen in den Hintergrund. . . . Wo aber die theoretische Erkenntnis fehlt, wo man darauf verzichtet, Grundlagen und Bedingungen des proletarischen Emanzipationskampfes aufs genaueste zu studieren, da muß das Gefühl, der berühmte "proktische Sinn", die vorhandene Lücke ausfüllen . . . Die demokratische Republik erweckt den Schein, als ob in ihr der Rampf der Arbeiterklasse besonders begünstigt wäre. ... Diese Auffassung kehrt sich nicht an die für jede Staatsform auch für die demokratische Republik — geltende Tatsache, die Spinoza schon im 17. Jahrhundert feststellte: daß das Recht genau der Macht entspricht, über die eine Rlasse verfügt. Wenn man sich dieser historischen Tatsache nicht erinnert, sondern das Recht in der Demokratie als eine starre, allen Stürmen der Zeit, allen ökonomischen und gesellschaftlichen Wandlungen tropende Institution betrachtet, da ist es auch erklärlich, daß in den Bestrebungen zur Machterwerbung und Machtvergrößerung andere Wege eingeschlagen werden, als wenn man den Rampf um die Macht zugleich als Rampf für die Erringung des Rechts auffaßt."

Ich habe diese Säße deshalb zitiert, weil ich der Ueberzeugung bin, unsere Partei täte gut, aus den Niederlagen, die sie in jüngster Zeit mit der Vermögensabgabe und der Zollinitiative erzielte, für ihre künftige Taktik die gegebene Nuhanwendung zu ziehen. Diese beiden Niederlagen sind für das schweizerische Proletariat zwar weder eine Schande, noch können sie uns irgendwie entmutigen. Wohl aber sollten wir uns mit ihren Ursachen eingehender beschäftigen, aus ihnen etwas lernen. Dann sind sie nicht umsonst gewesen, sondern tragen am Ende mindestens ebensoviel zum Aussteig der Arbeiterbewegung

bei als ein paar leichterrungene Erfolge.

Ueber die Iweckmäßigkeit des Referendums und der Initiative ist ja seit Iahrzehnten bei uns wie in anderen Ländern viel gestritten worden und auch namhafte Vertreter des Proletariats haben in dieser formalpolitischen Frage die abweichendsten Meinungen bekundet. So hat mir ein bei uns sehr gut bekannter österreichischer Parteisührer vor kurzem gesagt, das in der Staatsverfassung der deutschösterreichischen Republik vorgesehene Referendum bestehe genau genommen bloß auf dem Papier, es herrsche unter allen Parteien die stillschweigende Elebereinstimmung, von ihm keinen Gebrauch zu machen. Um wenigsten könnten sich die österreichischen Sozialdemokraten etwas für den sozialen Fortschritt in ihrem Lande von der Sandhabung des Referendums versprechen. Der deutsche Parteitheoretiker Rarl Rautsky hat in seiner Vroschüre "Parlamentarismus und Demokratie" mit allem Nachdruck gegen die direkte Gesetzebung durch das Volk Stellung genommen, wobei er insbesondere gegen den verstorbenen ostschweize=

rischen Demokraten Curti polemisierte, der sich in Wort und Schrift besonders eifrig für Referendum und Initiative ins Zeug gelegt hat. Kautsky wies ihm gegenüber darauf hin, daß die radikale Demokratie der alten Schule naturgemäß in der direkten Gesetzgebung durch das Volk unter allen Umständen eine höchst vorteilhafte Einrichtung erblicken muffe. Für sie käme ja nur das "Volk" in Betracht, die Macht des Volkes aber werde durch die direkte Gesetzgebung augenscheinlich auf jeden Fall gesteigert. Für die Sozialdemokratie liege die Sache nicht so einfach. Sie bilde sich aus dem Gegensatz zwischen Proletariat und Vourgeoisse heraus. Während der Demokratie durch ihre historische Aufgabe geboten sei, den Rlassen= gegensatzwischen dem Proletariat und der Vourgeoisie zu verschleiern, gebiete der Sozialdemokratie die ihr eigentümliche historische Aufgabe, diesen Klassengegensatzu enthüllen und dem Proletariat aufs schärfste zum Bewußtsein zu bringen. Sie sei die Vertreterin des Prosetariats — das Proletariat sei aber nicht gleichbedeutend mit dem Volke. Wenn nicht bloß Lohnarbeiter, sondern auch Kleinbauern und Kleinbürger-Sandwerker, Zwischenhändler aller Art, kleine Beamte usw. — furzum das sogenannte "gemeine Volk" — die Masse bildeten, aus der die Sozialdemokratie ihre Anhänger rekrutiere, so bildeten doch diese Rlassen, mit Ausnahme der klassenbewußten Lohnarbeiter, auch Rekrutierungsgebiete für unsere Gegner; in ihrem Einfluß auf diese Rlassen liege noch heute die Sauptwurzel ihrer politischen Macht. Dem Volke politische Rechte erteilen, heiße daher keineswegs von vorneherein, die Wahrung der Interessen des Proletariats oder die der gesellschaftlichen Entwicklung herbeiführen. Gewiß müsse das Proletariat unter allen Umständen demokratische Einrichtungen for= dern. Es sei die unterste der sozialen Schichten und könne politische Rechte nicht erlangen, wenigstens nicht in seiner Gesamtheit, wenn nicht alle sie erlangen. Darum sei die Sozialdemokratie auch die sicherste Stütze der demokratischen Bestrebungen, viel sicherer als die bürgerliche Demokratie. Deshalb dürfe sie aber doch nicht die III u = sionen der bürgerlichen Demokratie teilen. der Frage des Referendums und der Initiative dürften wir uns daher nicht mit der Versicherung begnügen, daß die Macht des Volkes dadurch erhöht werde. Wir müßten fragen: Wie wird die Macht und der Entwicklungsgang des Proletariats dadurch beein= flußt?

Im allgemeinen könne man sagen: der Parlamentarismus begünstige die großstädtische Vevölkerung gegenüber der ländlichen, die
direkte Gesetzebung wirke dieser Tendenz entgegen, sie verlege den
politischen Schwerpunkt in die Masse der Vevölkerung. Diese wohne
aber mit Ausnahme Englands noch heute überall zum großen Teil,
meist sogar vorwiegend, auf dem flachen Lande und in den Landstädtchen. Die direkte Gesetzebung nehme der großstädtischen Vevölkerung ihren Einsluß und unterwerse sie der Landbevölkerung. Tatsache sei, daß in jedem Lande die ländliche Vevölkerung ökonomisch
und politisch die rückständigste sei. Das bedeute nicht einen Vorwurf

für sie, es sei ihr Unglück, aber es handle sich hier um eine Tatsache, mit der man rechnen muffe. Von der Schweiz im besonderen sagt Rautsky, sie habe vielleicht die vorgeschrittenste Landbevölkerung Europas. Anderseits sei aber der schweizerische Landarbeiter im all= gemeinen konservativer als die meisten seiner Genossen in Europa. Was den schweizerischen Bauer hebe, halte ihn zurück, die Zerstreuung der Industrie über das Land. Auch ökonomisch stehe er oft noch dem Bauern sehr nahe, nenne noch ein Stückchen Land sein eigen. Ueberdies fehle der Schweiz eine führende Großstadt. Der Gegensat zwischen Stadt und Land sei da also viel weniger entwickelt als in einem modernen Großstaat. Und dennoch, so bemerkt Rautsky, schrieben viele Politiker in der Schweiz dem Referendum eine kon = servative Wirkung zu. Dafür führt Rautsky neben Curti als weiteren schweizerischen Gewährsmann Deploige an und zitiert den letteren zum Beweis dafür, daß es die Konservativen seien, die am liebsten das Referendum anriefen als ein Mittel, den Fortschritt der Gesetzgebung zu verlangsamen. Die eifrigsten Verteidiger des Referendums wie Curti seien schon zufrieden, wenn es nicht direkt reaktionär wirke. Schließlich erinnert Kautsky an die große französische Revolution, in der die Girondisten das Referendum als ein Mittel betrachtet hätten, die Llebermacht der revolutionären Hauptstadt Paris zu brechen und die Revolution zum Stillstand zu bringen. Als Ludwig XVI. zum Tode verurteilt gewesen sei, hätten die Girondisten eine Volksabstimmung verlangt, weil sie überzeugt waren, den König dadurch zu retten.

Der bekannte preußische Historiker Sans Delbrück ließ im Jahre 1913 ein Buch erscheinen, das den Titel trug: "Regierung und Volkswille". In dieser Schrift erörtert er auch die Frage des Referendums und der Initiative. Daß er von seinem Standpunkt als unabhängiger Ronservativer, dem immerhin ein gewisser geschichtlicher und politischer Weitblick nicht abzusprechen ist, der sich als Historiker auch die Anerkennung von Sozialdemokraten errungen hat, zur Verwerfung dieser demokratischen Einrichtungen kommt, liegt auf der Sand. Interessant ist in diesem Zusammenhang aber, mit welchen Einwänden er Referendum und Initiative bekämpft. Einmal betont er, es sei besonders markant, wie oft in der Schweiz das Referendum einen Zwiespalt zwischen den Ansichten der Regierenden, dem gewählten Vertretungskörper, und den Ansichten der Wahlberechtigten zutage bringe. Nicht selten seien Vorlagen verworfen worden, die von den Parlamenten und sogar von allen Parteien und der Presse einmütig empfohlen waren. Sodann sei ein besonderer Mangel der schweizerischen Verfassung das Fehlen eines Pensionsgesetzes für die Beamten. Der Beamte solle nach Vorstellung der Schweizer Bürger von seinem Gehalt so viel sparen, daß er in seinen alten Tagen, wenn er dienstunfähig sei, davon leben könne. Ein Pensionsgesetz sei trot der einleuchtenosten Argumente dafür vom Volke mit großer Majorität verworfen worden. Der Bürger und Bauer sehe schlechterdings nicht ein, warum ein Beamter oder ein Offizier eine Pension erhalten solle, da ihm doch auch niemand eine solche gebe. In Vertretungskörpern könne man sich mit solchen kurzsichtigen Selbsttäuschungen auseinandersesen; man könne auf die Einwendungen eingehen, ihnen eventuell durch Ronzessionen entgegenkommen oder sie in Rompromissen überwinden. Mit dem Volke könne man nicht verhandeln, sondern müsse instinktiv suchen, die Vorlagen so zu gestalten, daß sie keinen Unstoßerregen. Delbrück kommt, nachdem er verschiedene verwersende Volksentscheide in der Schweiz angesührt hat, ebenfalls zum Schluß: "Das Referende Volksentscheide in der Schweiz angesührt hat, ebenfalls zum Schluß: "Das Referenden Geränderung, wenn ihm nicht das Lebel auf der Haut brennt. Sben deshalb ist das Referendum in der Schweiz populär und wird nicht wieder abgeschafft werden. "Mag es auch im einzelnen sich als Hennuschuh erwiesen haben, schrieb die "Neue Zürcher Zeitung" 1910, "im großen und ganzen hat es die fortschrittliche Entwicklung der Schweiz nicht aufgehalten." Das ist immerhin ein etwas elegisch klingendes Lob."

Delbrück folgert dann weiter: "Der Volkswille ist Geist, reiner Beist, der physisch weder greifbar noch darstellbar ist" und er bezieht sich dabei auf die Aussprüche zweier berühmter Männer. Na= poleon I. habe gesagt: "Das Volk ist wie das Wasser, das die Gestalt jedes Gefäßes annimmt, in das man es hinein tut; tut man es aber überhaupt in kein Gefäß, so fließt es ziel- und zwecklos auseinander." Noch gewaltiger aber erdröhne der Ausspruch des deutschen Philosophen Segel: "Das Volk ist derjenige Teil des Staates, der nicht weiß, was er will." Eine ähnliche Wertung des Volkswillens habe ich noch aus einem anderen Buche eines deutschen Schriftstellers in Erinnerung. Unter dem Pseudonym Ruedörffer gab etwa zwei Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges ein deutscher Diplomat ein Handbuch für auswärtige Politik beraus, in dem unter anderem auch erläutert wurde, wie man Kriege mache und sich für diese die erforderliche patriotische Begeisterung im eigenen Volke sichere. Der Verfasser meinte, die sozialistische Parole, daß die Arbeiterschaft nur in einem Verteidigungstrieg, nicht aber in einem Angriffstrieg marschiere, könne keine Regierung schrecken. Sache der Regierung, bezw. ihrer Diplomatie sei es dann eben bloß, zu gegebener Zeit dafür zu forgen, daß jeder das Gefühl habe, das eigene Land stehe im Verteidigungskrieg, dann würden die Sozialdemokraten keine Opposition machen. Im übrigen werde das Volk für den Eventualfall des Krieges sehr leicht durch das Mittel der Presse unter Einwirkung der Regierungsorgane zu beeinflussen, zu derjenigen patriotischen Stimmung zu bringen sein, die im Interesse einer siegreichen Kriegführung not= wendig sei. Daß dieses Rezept im Juli und August 1914 und lange nachher so ausgiebig als nur möglich angewendet wurde, läßt sich ebensowenig bestreiten als der Erfolg, den es zum Verhängnis des Weltproletariats batte.

Für uns Sozialdemokraten kann es sich natürlich bei der Ersörterung der Frage des Referendums und der Initiative in keinem

Fall darum handeln, der Beseitigung oder Einschränkung dieser Volksrechte das Wort zu reden oder auch nur einem von anderer Seite kommenden derartigen Vorstoß passiv zu begegnen. Wohl aber müssen wir uns darüber Rechenschaft geben, unter welchen Voraussehungen diese doch immerhin mehr negativen Instrumente für absehbare Zeit unserem eigenen Rampfe dienstbar gemacht, zu Sebeln der Entwicklung im Sinne des Sozialismus gestaltet werden können. Dabei dürfen wir uns wohl auch auf die neuerliche Entwicklung der tonstitutionellen Verhältnisse in der modernen Arbeiterbewegung berufen, obschon ein Vergleich in diesem Falle nur sehr bedingt am Plate ift. In den Staat wird der einzelne ja hineingeboren, während der Beitritt in eine Arbeiterorganisation freiwillig geschieht und von ihm jederzeit wieder annulliert werden kann. Soweit aber die Arbeiterbewegung hier überhaupt Analogieschlüsse zuläßt, wäre zu sagen, daß das repräsentative System in der Arbeiterbewegung seit Jahren in nahezu allen Arbeiterorganisationen, bei Partei und Gewerkschaften wie auch in der Genoffenschaft zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Das hängt mit dem Wachstum unserer ganzen Bewegung zusammen, die schlechterdings bedingt, daß das einzelne Mitglied sein Mitsprache= und Mitentscheidungsrecht an eine kleinere Zahl von Genossen delegiert, die zu lokalen, kantonalen und schweizerischen Delegiertenversammlungen, Rongressen oder Varteitagen zusammentreten. Ein anderer Apparat wäre ja viel zu schwerfällig, würde die Aktionskraft der Organisation faktisch vernichten und dem demokratischen Mitspracherecht des einzelnen zudem ungleich mehr Abbruch tun als die Elebertragung dieses Rechts an einen kleineren Kreis von Ungehörigen derselben Organisation, die ihrerseits viel eher zusammenkommen und auch ersprießlichere Alrbeit leisten können. Soweit die Arabstimmung in unseren Organisationen besteht, ist sie auch nur ein negatives Instrument, kann sie wohl Beschlüsse repräsentativer Körperschaften annullieren, aber keineswegs irgendwelchen Gedanken oder Forderungen von sich aus zum Durchbruch verhelfen. Daß die Urabstimmung in einer Arbeiterorganisation manchmal hemmend, konservierend wirkt und darum nicht unbedingte Begeisterung zu wecken vermag, dafür haben wir genügend Beispiele. Auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung sind in der Urabstimmung mehrmals Fusionen zwischen Verbänden abgelehnt worden, die sehr im Interesse der Gewerkschaftsbewegung gelegen hätten und auch die von führenden Genossen der Gewerkschaften seit Jahren betonte Dringlichkeit des Weiterschreitens vom Berufs= zum Industrieverband hat durch die Institution der Urabstimmung verschiedentlich sehr bedauerliche Semmnisse erfahren.

Beim Staat ist zunächst zu unterscheiden zwischen dem Referendum und der Initiative. Vom ersteren können wir wohl von unserem Standpunkt aus sagen, daß sich Vorteile und Nachteile ungefähr ausheben. Eine Statistik würde wahrscheinlich eher ergeben, daß die Gewinner beim Referendum häufiger die Rückschrittler als die Unhänger des Fortschritts waren. Ein entschiedener und in seiner Vedeutung nicht

hoch genug anzuschlagender Erfolg war dann freilich in neuerer Zeit den Freunden des Fortschritts bei der Referendumskampagne gegen die Lex Häberlin beschieden. Alls negatives Rampfesmittel kann das Referendum der Arbeiterschaft gerade in Zeiten der wirtschaftlichen und politischen Reaktion große Dienste leisten, manchen gefährlichen Unschlag der Feinde des Proletariats zunichte machen. Dagegen scheint mir das in verschiedenen Kantonen, wie zum Beispiel Zürich, bestehende obligatorische Referendum den Vrinzipien einer gesunden Demokratie nur schädlich und dem sozialen wie politischen Fortschritt hinderlich zu sein. Das obligatorische Referendum neben den unzähligen kommunalen, Bezirks-, fantonalen und eidgenöffischen Wahlen führt die Stimmberechtigten so oft zur Urne, daß eine eigentliche Abstimmungsverdroffenheit, die rapide Vermehrung der prinzipiellen Neinsager und damit auch eine schädliche Rückwirkung auf die Stimmbeteiligung bei Wahlen die unvermeidliche Folge ist. Im Ranton Zürich find fast unmittelbar hintereinander, am 18. Februar und 18. März d. J., vom Volke eine Reihe von Vorlagen verworfen worden, die mit drei Ausnahmen alle der Abstimmungs= verdroffenheit, aber keinerlei sachlichen Erwägungen zum Opfer ge= fallen sein dürften. Es waren Vorlagen dabei, die auf dem Gebiete der Rechtsprechung einige bescheidene Fortschritte brachten, denen alle Parteien zu Gevatter standen, die aber einfach dos "Opfer der Volkswut" wurden, weil es nun einmal bald zur Mode geworden ist, auf den Stimmzettel lauter Nein zu schreiben. An einer solchen Schind= luderei können nur jene Reaktionäre Freude haben, die am liebsten der ganzen Demokratie den Hals umdrehen möchten, die alle Parlamente und alle Volksabstimmungen zum Teufel sehnen, um nachher im Dunkel muffolinischer Staatskunst unter Ausschaltung jeder parla= mentarischen Kontrolle und jeder oppositionellen Kritik selbstherrlich zu regieren. Das obligatorische Referendum hat am allerwenigsten in einem Kanton mit vorwiegend industrieller Struktur einen ver= nünftigen Sinn. Denn hier wandeln sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und damit die entsprechenden gesetzgeberischen Erfordernisse naturgemäß viel rascher als etwa in einem Urkanton mit seinen beschaulichen wirtschaftlichen Zuständen, die nur recht langsam von der modernen Entwicklung überholt werden. Gegen die weitaus meisten der solcher Augenblicksverstimmung oder auch der perfiden Propaganda einer kleinen Interessentenclique zum Opfer gefallenen Vorlagen hätte keine Partei das Mittel der Initiative ergriffen, wenn sie sich dabei irgendwie anzustrengen gehabt hätte. Gerade unsere Partei, die darauf halten muß, das Interesse der Gesamtheit der Stimmberechtigten an allen öffentlichen Angelegenheiten zu wecken und zu schärfen, hat allen Grund, aus der Demokratie keine Karikatur werden zu laffen oder zuzusehen, wie die Großzahl der Stimmberech= tigten mit Bagatellvorlagen in eine Abstimmungsverdroffenheit hinein= gehett wird, die am Ende auch allen Vorlagen von größerer prinzipieller oder materieller Tragweite zum sicheren Verhängnis wird. Dem sozialen und politischen Fortschritt ist mit der lawinenartigen Vermehrung des Heeres der "prinzipiellen Neinsager" am wenigsten gedient.

Von der Initiative läßt sich noch weniger Gutes sagen als vom Referendum. In allen den Fällen, wo sie zur Anwendung gelangte, um mehr oder weniger ausgesprochene Rlassenforderungen der Arbeiterschaft vor dem Volke zu vertreten, schlug die Volksabstimmung zuaunsten der Gegner aus. Einzig bei der Rampagne um den Nationalratsproporz sind wir nach dreimaligem Anlauf (1900, 1910 und 1919) Sieger geblieben. Aber dieser schließliche Erfolg wurde bekanntlich errungen durch das Zusammengeben mit allen jenen bürgerlichen Parteigruppen, die wie wir ein politisches Interesse an der Beseitigung der freisinnigen Alleinherrschaft in Bund und Kantonen hatten. Darunter befanden sich vor allem die Klerikalen oder Christlich=Sozialen, deren fortschrittliche Gesinnung nicht gerade über allen Zweifel erhaben ist, die aber in dieser wichtigen formalpolitischen Frage mit uns gemeinsame Sache machten, weil sie genau wußten, daß der Proporz dem von ihnen vertretenen konservativen Prinzip mindestens ebenso förderlich sei als uns bei der Wahrnehmung unserer entschieden fortschrittlichen Ziele. Daß auch der Proporz seine Schattenseiten hat und im großen und ganzen eher konservierend und stagnierend als belebend und neugestaltend auf die politische Atmosphäre eines Landes wirkt, hat sich in den letten Jahren mehrfach gezeigt. Es ist denn auch kein Zufall, daß die intellektuellen Urheber des Berhältnismahlsustems konservative Politiker waren, was prominente sozialdemokra= tische Politiker der Schweiz, die sich in den neunziger Jahren zunächst mit aller Behemenz gegen den Proporz aussprachen, zu betonen nicht unterlassen baben.

Gewiß haben die augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Zustände, die sich mit dem einen Worte Reaktion kennzeichnen lassen, zu dem entschieden unerfreulichen Ausgang der beiden Initiativen nicht unerheblich beigetragen. Vor drei Jahren hätten sowohl die Vermögensinitiative als die Zollinitiative ungleich mehr Chancen gehabt als gegenwärtig, wo alle Vorteile zum vorneherein auf Seite des Gegners standen, wo neben vielem anderen auch noch die Mutlosigkeit, wirtschaftliche Unsicherheit und Abstimmungsverdrossenheit in den Reihen der Arbeiter und Angestellten dem Kapitalisten- und Großbauernklüngel zugute kamen. Aber auch wenn man das alles in Abzug bringt, so bleibt doch immer noch Grund genug, zu untersuchen, wie es möglich sein konnte, daß bei der Zollinitiative nicht einmal so viel Ja abgegeben wurden als bei den Nationalratswahlen im Jahre 1922 für die Sozialdemokraten Stimmen. Denn wenn überhaupt eine Initiative, so hätte die Zollinitiative Zehntausende von Konsumenten aus den Kreisen der politisch indifferenten Arbeiter, Angestellten und Beamten veranlassen müssen, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen. Die Zollinitiative ist ja nicht etwa von unserer Partei ausgeheckt worden, ihr standen vielmehr die leitenden Rreise des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine zu Gevatter, der allein

gegen 300,000 Mitglieder in seinen Verbandsvereinen zählt. Freilich mußte am Ende die Kauptlast der Propaganda für die Initiative von den Sozialdemokraten getragen werden, haben die "berusenen Rousumentenvertreter" großenteils tapfer Reißaus genommen, ihr eigenes Kind im Stich gelassen und sich hinter die bequeme Ausrede von der politischen Neutralität verschanzt oder, wie die mehrheitlich bürgerliche Leitung des Lebensmittelvereins Zürich, direkt gegen die

Initiative Stellung bezogen.

Auf unserer Seite wurde offensichtlich bei der Vermögensinitiative wie bei der Zollinitiative der kapitalistische Gegner unterschäßt, seine gewaltige finanzielle und wirtschaftliche Macht nicht genügend in Rechnung gestellt. Wir verließen uns zu sehr auf den "gesunden Sinn des Volkes", dessen verschwommene, aller kapitalistischen De= magogie zugängliche Denkweise zusammen mit seiner Urteilslosigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete in Sat und Wahrheit noch lange ein unberechenbarer Faktor bleiben wird. So lange, als in diesem "Volk" die Rlassenscheidung sich nicht schärfer berausgebildet hat, das Rlassen= bewußtsein seiner proletarischen Teile noch so sehr zu wünschen übrig läßt und selbst gewerkschaftlich oder politisch organisierte Arbeiter den Urgumenten des kapitalistischen Rlassengegners Glauben schenken, wird es den Reaktionären immer ein leichtes sein, jede ihnen unbequeme Initiative mit "wuchtigem Mehr" zu Fall zu bringen. Wir sollten uns nach solchen und ähnlichen Erfahrungen hüten, dem höchst nebel= haften und mystischen Begriff "Volk" allzu große Bedeutung zuzumessen, sonst verfallen wir in die gleiche Lleberschätzung unserer wirklichen Macht und unseres wirklichen Anhangs als die Rommunisten mit dem von ihnen gepflegten Rult der angeblich so revolutionär gesinnten "Masse". Das gilt heute, wo wir auf Schritt und Tritt fonstatieren können, zu welcher Rorrum pierung des öffent= lich en Lebens die Beherrschung der sogenannten "öffentlichen Meinung" durch den kapitalistischen Presseapparat geführt hat, noch viel mehr als etwa für die Zeit vor zehn Jahren. Wenn wir diesem allmächtigen Instrument zur Bearbeitung des "Volkes" nichts an= nähernd Ebenbürtiges entgegenzuseken haben, wird es auch vergebliches Bemühen bleiben, vermittelst formulierter Initiativen unsere wirt= schaftlichen und sozialpolitischen Ideen in die breiten Kreise der In= differenten oder Schwankenden zu tragen. Der deutsche Publizist Lothar Bucher, ein Lakai Vismarcks, machte einmal über die Presse folgende treffenden Bemerkungen: "Tausend und aber Tausend Bürger gehen auf in einer Zeitung, und die unendliche Zahl möglicher Rombinationen von Individuen, kleinerer und größerer Gesprächskreise, in denen Wiffen, Beobachtung und Gedanken sich fruchtbar berühren, schwindet zusammen zu einem Dutend publizistischer Gegensätze oder Schattierungen. Die Beschäftigung mit den öffentlichen Angelegen= heiten des Landes und der Gemeinde wird eine mittelbare, verwandelt sich aus einer Bürgerpflicht oder Bürgerehre in einen Geschäftszweig, einen Trade." Und Rautsty sagt über die kapitalistische Presse-gilde, diese "Piraten der öffentlichen Meinung", unter anderem: "Ohne jede Verantwortlichkeit ihren Lesern gegenüber ist die Presse daher noch viel korrumpierter geworden, als der Parlamentarismus in seinen schlimmsten Formen je gewesen. Sie herrscht unumschränkter als irgendein Parlament, sie steht erhabener über der Kritik, als irgendein Parlament, eine Kirche, ein Souverän jemals gestanden hat. ... Die Verschweisen sicherer mundtot, als die Kerker der Inquisition vermochten. In der Sat, vergleicht man Kirche und Presse, dann kann man einige Alehnlichkeit zwischen beiden entdecken, aber der Vergleich fällt im ganzen nicht zugunsten der Presse aus. Die schlimmsten Pfassen des Mittelalters konnten die gläubige Vevölterung nicht unverschämter nasssühren, ausbeuten, in Unwissenheit erhalten und demoralisieren, als es ein großer Seil der heutigen Journalistik tut."

In der Rolle, welche die kapitalistische Presse der Gegenwart auch in unserem kleinen Lande spielt, wie überhaupt in den Mitteln und Methoden der plutokratischen Bearbeitung der sogenannten öffentlichen Meinung liegt in der Tat ein ungeheuer wichtiges Problem, mit dem wir uns ernstlich auseinandersetzen müssen. Die Bedeutung dieses Faktors ist von uns lange Zeit viel zu wenig gewürdigt worden. Welch überragende Rolle er spielt, das haben uns gerade die beiden verflossenen Kampagnen um die Vermögens= und die Zollinitiative zum Bewußtsein gebracht. Da erfuhren wir erst so recht die Wahrheit des Ausspruchs in dem nun doch schon 75 Jahre alten Kommunistischen Manifest: "Die Bourgeoisse hat den Arzt, den Juristen, den Pfassen, den Voeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt." Mit geradezu gigantischem Aufwand an finanziellen, technischen und organisatorischen Mitteln wurde in der Presse, auf Plakaten, in Broschüren und dicken Büchern, mit einem ganzen Regiment von extra dazu gedrillten Referenten der Lügenfeldzug gegen uns geführt. Das Hauptquartier mit dem großen Generalstab residierte teils in Brugg, teils in Bern; nach seinen Befehlen arbeiteten die zahllosen Filialquartiere, die über das ganze Land verstreut waren. Es war eine bis in die kleinsten Details wohlvorbereitete Schwindeloffensive, bei der genau wie im Weltkrieg mit den grobkalibrigsten Geschüßen, mit Trommelfeuer aus Schrapnellkanonen, mit Tanks, Stinkbomben, giftigen Gasen, Maschinengewehrfeuer, Gewehren, Säbeln und Bajonetten dem Feind zu Leibe gerückt wurde. Sogar die Vombenwerfer aus den Flugzeugen hoch in der Luft fehlten nicht. Unsere propagandistischen Mittel und Kräfte vermochten einer solchen infernalischen Attacke nicht standzuhalten; schon darin waren wir sehr unterlegen, daß auf Seite der Befürworter der Initiative mit der Rampagne um Monate später als beim Gegner begonnen wurde. Die Munition in Form der nötigen Moneten lieferte das Kapital dem reaktionären Hauptquartier wie den Filialbureaus in Hülle und Fülle. Und die Berren Baumberger usw. wußten, was sich mit diesem "himmlischen Manna" anfangen ließ: sie fabrizierten Tausende von Zeitungsartikeln zur Veröffentlichung in der Vourgeoispresse, sie

gaben die Parolen und Stichworte zur Verleumdung und Diskreditierung der Initiativen, sie logen, daß die Valken bogen, auf Plakaten, Flugschriften, Ansichtskarten, in Broschüren und Referentendispositionen, wie auf hundertfältige andere Weise. Zu den ständig im Dienst der kapitalistischen Meinungsfabriken stehenden Preßlakaien, den Schmocks vom Mittelpressebureau, von der agrarischen Presse, den Soldschreibern vom Sandelst und Industrieverein, vom Gewerbevrband, vom Arbeitgeberverband usw. kamen die vielen Ausch il f staft in och kanach Art des Serrn Baumberger, der jedesmal von Jürich nach Vern übersiedelt, wenn es ein Gott Mammon besonders wohlgefälliges Werk zu verrichten gilt.

Was aber der gegnerischen Rampagne zum vorneherein ein großes Elebergewicht gab, das war die Einheit und Konzentration ihres ganzen Kriegsplanes troß seiner Vielgestaltigkeit und Verzweigtheit. Mit geradezu bewundernswürdiger Konsequenz war bei ihnen die Arbeitsteilung durchgeführt, arbeitete die ganze Meute von Anfang bis zu Ende Sand in Sand. Leider läßt sich das gleiche auf unserer Seite auch nicht annähernd behaupten. Un der Spiße des gegnerischen Aktionskomitees standen die erprobtesten und geriebensten bürgerlichen Politiker, bei uns aber lag dieses Aktionskomitee in den Sänden einiger weniger Genoffen, die mit allem möglichen anderen Zeug überladen sind, und gar die administrative Arbeit unseres Aktionskomitees war der aanz ungeeigneten und unzulänglichen Kraft eines einzigen Mannes anvertraut, der gerade Zeit dazu hatte. Von einer Rräftekonzentration läßt sich auf unserer Seite schon gar nicht reden, das Gegenteil war hier der Fall und noch mehr fehlte es an der vorherigen genauen Aeberprüfung, bezw. Vorbereitung der Kampagne, an der Sichtung und Verarbeitung des einschlägigen Materials, sowie an der zweckentsprechenden Verwendung desselben zum Kampfe auf der ganzen Linie.

Wenn wir bei künftigen Aktionen unter Zuhilfenahme des Referendums und der Initiative nicht abermals eine solch gewaltige Unterlegenheit erleben, unsere ohnehin spärlichen Kräfte nicht neuerdings nutlos vergeuden wollen, dann müffen wir uns die Beobachtungen der beiden hinter uns liegenden großen Abstimmungskämpfe zunute machen. Sowenig eine Armee im äußeren Kriege bestehen kann, wenn sie mit verrosteten Sinterladern aufmarschiert, während der Feind mit den modernsten Präzisionsgewehren ausgerüstet ist, ebensowenig dürfen wir ein drittes Mal mit der mangelhaften, veralteten Ausrüftung zu Felde ziehen, die am 3. Dezember und 15. April unsere Niederlage in diesem Ausmaß herbeiführte. Eine dilettanten= haft improvisierte Organisation für wichtigste Volksentscheide mochte vor zehn Jahren allenfalls noch angehen. Seute aber, wo der bür= gerliche Gegner seine gesamten Streitkräfte dermaßen unter ein Rommando gebracht, die Korrumpierung und Irreführung der Bevölkerung zu einem solch raffinierten System entwickelt hat, sind ganz andere Leistungen unserseits notwendig.

Gewiß kann eine Niederlage in der Abstimmungskampagne um wichtige prinzipielle und praktische sozialistische Postulate uns unter Umständen ebenso förderlich sein als ein unmittelbarer Erfolg. Dann nämlich, wenn es gelingt, unsere Ideen in den breitesten Rreisen der Besiklosen zu propagieren, mit unserer Agitation auch an solche Proletarierschichten heranzukommen, die sonst von den proletarischen Organisationen nicht erfaßt werden können. Ist das aber nicht der Fall, so lobnt sich auch der Rräfteaufwand für eine Initiative nicht. Dann erleben wir nur wiederum die Enttäuschung, daß ein Teil der eigenen Alnhänger, vom gegnerischen Alarmaeschrei eingeschüchtert und kopfscheu gemacht, desertiert, zum Feinde übergeht. Diese "Leberraschung" ist um so natürlicher, wenn führende Genossen sich unter wenig plausiblen Gründen von ihrer Pflicht als Referenten und Publizisten drücken, weil sie beim bürgerlichen Publikum ihren Ruf, "vernünftige Sozialisten" zu sein, nicht gefährden, für eine derart angepöbelte Sache nicht offen hinstehen wollen.

Es scheint mir daher, unserer Sache wäre in der Gegenwart wie in der Zukunft weit mehr gedient, wenn wir uns für einige Zeit der Sammlung, Schulung und Ronzentration der eigenen organisatorischen, materiellen und geistigen Kräfte widmen wollten, anstatt an jenes undefinierbare Etwas, "Volk" genannt, wiederum vergeblich zu appellieren. Die Klassen forderungen der Sozialdemokratie werden diesem "Volke" so lange vergeblich gepredigt werden, als wir felbst nicht alles tun, um die Rlassenscheidung propagan= distisch klar und scharf zu betonen, sondern uns immer wieder auf jene immaginären "Silfstruppen" verlassen, die nun einmal so lange nicht un sere Silfstruppen sind, als wir sie widerstandslos den Einflüssen der gegnerischen Agitation überlassen. Unser erstes und eigentlichstes Losungswort sollte darum lauten: Größtmögliche Propagandaarbeit für die Verbreitung der sozialistischen Presse, Agitation und Aufklärung durch Flugschriften auch außerhalb von Wahl= und Abstimmunaszeiten! Veranstaltung von öffentlichen Versammlungen an allen Orten zur Besprechung der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Fragen, Ausbau und innere Festigung der sozialdemo= kratischen Parteiorganisationen im ganzen Lande und endlich rührigster Eifer auf dem Gebiet des Vildungswesens. Erst wenn diese eigent= lich minimsten Voraussetzungen des proletarischen Klassenkampfes einmal erfüllt sind, können wir abermals daran gehen, vermittelst der demokratischen Einrichtungen der Initiative über das tägliche Arbeitsfeld hinauszugreifen, an den Entscheid des Volkes zu appellieren.